

ÖJZ aktuell 625

Beiträge

→ Schadenersatz für Datenschutzverletzungen 629

Zugleich Bemerkungen zum Diskussionsstand zum Ersatz ideeller Schäden

Der Beitrag untersucht die Haftung von Datenschutz-Verantwortlichen nach der DSGVO. Inzident setzt sich der Verfasser mit dem Ersatz ideeller Schäden im österreichischen Recht auseinander.

Von Martin Spitzer

→ Die Bestimmung und Einbringung von Gebühren, Kosten und Geldstrafen durch Gericht und/oder Justizverwaltung 639

Ob die Bestimmung der Höhe und die Festlegung der Zahlungspflicht für Gebühren und Kosten im Justizverwaltungsweg oder durch die ordentliche Gerichtsbarkeit erfolgen, ist im Einzelfall durchaus unterschiedlich geregelt. Auch die Frage, ob eine bereits festgesetzte Zahlungspflicht nachträglich durch Stundung und Nachlass wieder abgeändert werden kann und wer (Justizverwaltung oder Gericht) über solche Anträge zu entscheiden hat, wird immer wieder kontrovers diskutiert und unterschiedlich entschieden.

Von Dietmar Dokalik und Diana Seeber-Grimm

→ Ausgewählte Rechtsprechung des EGMR 2018 646

Der Beitrag bietet einen Überblick über ausgewählte Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den materiellen Grundrechten der EMRK und ihren ZP für das Jahr 2018; wie schon im Vorjahr konzentriert sich dieser Überblick auf Entscheidungen des EGMR, die – nach Ansicht des Verfassers – neuartige oder aktuelle Fragestellungen betreffen oder sonst von besonderem Interesse erscheinen.

Von Rudolf Thienel

→ Zur Sanierung von Verfahrensmängeln – zugleich ein Beitrag zu den Beweisverboten 654

Wiederholung (Neudurchführung) der Hauptverhandlung vernichtet die vorangegangene. Was dort vorgekommen und beantragt worden ist, muss erneut vorkommen und beantragt werden, um prozessual beachtlich zu sein. Umgekehrt werden auch Fehler, die sich in der ursprünglichen Hauptverhandlung ereignet haben, saniert. Was dabei beachtet werden muss, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Von Eckart Ratz

→ Bestechliche Dolmetscher? 662

Dolmetscher im gerichtlichen Strafverfahren als Tatsubjekte der §§ 304 ff StGB

Die Möglichkeit, in einem gerichtlichen Strafverfahren bei Bedarf einen Dolmetscher beiziehen zu können, ist integraler Bestandteil eines fairen Verfahrens. Mit Blick auf die Bedeutung der Übersetzungstätigkeit für das Strafverfahren ist denkbar, dass Dolmetscher durch Zuwendungen manipuliert und der Verfahrensausgang auf diese Weise beeinflusst werden könnten. Der Beitrag untersucht, ob Dolmetscher als Tatsubjekte der Korruptionstatbestände qualifiziert werden können und somit Strafbarkeit nach §§ 304 ff StGB in Betracht kommt.

Von Clara Ifsits

Evidenzblatt

→ Bestandrecht 666

OGH 17. 1. 2019, 5 Ob 165/18 b

93: Ansprüche des WE-Mieters nach Schäden durch Erhaltungsarbeiten

OGH 20. 2. 2019, 5 Ob 3/19 f 669

94: Branchenabschlag für Schuhgeschäft

→ Familienrecht 671

OGH 24. 1. 2019, 6 Ob 175/18 f

95: Tragung des Sonderbedarfs und Schmerzensgeld

→ Schadenersatzrecht	674
OGH 20. 12. 2018, 1 Ob 163/18 d	
96: Schadenersatz nach Heckenschnitt	
→ Schuldrecht	676
OGH 24. 1. 2019, 6 Ob 86/18 t	
97: Der Kauf von Emissionszertifikaten	
→ Unternehmensrecht	679
OGH 20. 12. 2018, 6 Ob 126/18 z	
98: Schulden Gesellschafter unternehmerische Verzugszinsen?	
→ Versicherungsvertragsrecht	682
OGH 19. 12. 2018, 7 Ob 193/18 k	
99: Keine Rechtsschutzdeckung wegen Vorvertraglichkeit bei fehlerhafter Rücktrittsbelehrung	
<i>Mit Anmerkung von Bernhard Burtscher</i>	
→ Medienrecht	684
OGH 27. 2. 2019, 15 Os 159/18 y	
100: Einziehung trotz Verjährung	
→ Strafprozessrecht	686
OGH 27. 2. 2019, 15 Os 171/18 p	
101: Sachkunde von SV	
OGH 5. 3. 2019, 14 Os 16/19 p	688
102: Antrag auf Einstellung	

EvBl-Leitsätze

→ Außerstreitverfahren	690
OGH 26. 2. 2019, 2 Ob 53/18 k	
105: Einsicht in den Verlassenschaftsakt: Interessenabwägung	
→ Persönlichkeitsrecht	690
OGH 27. 2. 2019, 6 Ob 181/18 p	
106: Die Namensnennung in einer wissenschaftlichen Arbeit	
→ Personenrecht	691
OGH 25. 4. 2019, 4 Ob 46/19 x	
107: Eine dauerhafte Änderung des Wohnorts einer schutzberechtigten Person sowie die rechtsgeschäftliche Umsetzung bedürfen der vorherigen gerichtlichen Genehmigung	
→ Sachenrecht	692
OGH 25. 4. 2019, 4 Ob 21/19 w	
108: Der Grenzverlauf zwischen Almgrundstücken richtet sich nach der Naturgrenze	
→ Schadenersatzrecht	692
OGH 26. 3. 2019, 10 Ob 15/19 g	
109: Aufklärungspflicht beim „Bagjumpen“	
OGH 25. 4. 2019, 4 Ob 245/18 k	693
110: Nach BauO erforderlicher Statiker haftet Dritten nicht für Vermögensschäden	
→ Vereinsrecht	693
OGH 27. 2. 2019, 6 Ob 168/18 a	
111: Die Abberufung eines Präsidiumsmitglieds eines Vereins	
→ Zivilverfahren	694
OGH 19. 12. 2018, 7 Ob 239/18 z	
112: Anfechtbarkeit einer Verfahrensunterbrechung	